



Grußwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit,

Herrn Rezzo Schlauch, MdB,

anlässlich der 25-Jahr-Feier der „Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer
Versorgungseinrichtungen e.V.“ (ABV)

am 3. Juni 2003, 17.00 Uhr in der Sächsischen Landesvertretung in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Dr. Kirchhoff,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die Einladung zu Ihrem Festakt möchte ich mich bedanken und gratuliere Ihnen herzlich zum
25jährigen Bestehen!

Dass sich Ihr Verband nunmehr ein Vierteljahrhundert im Markt und im Wettbewerb behauptet hat, wundert mich angesichts des Mutes Ihres Vorstandes nicht.

Einen Regierungsvertreter einzuladen, der selbst Freiberufler ist - immerhin bin ich schon 3 Jahre länger Anwalt als die ABV existiert-, ist natürlich nicht mutig.

Aber dass Sie einen Staatssekretär ausgerechnet derjenigen Partei, die die „Bürgerversicherung“ in die Diskussion gebracht hat, um ein Grußwort gebeten haben - Respekt!

Ich gedenke aber nicht, Sie in diesem Punkt zu verschrecken – aber dazu am Ende mehr.

Der öffentliche Meinungs Austausch um die Zukunft des Sozialstaates konzentriert sich in den letzten Wochen sehr stark auf einzelne Maßnahmen der **Agenda 2010** und dabei vor allem auf solche, die besonders umstritten sind.

Ich will diese Diskussion gar nicht abblocken, im Gegenteil: Nur wer nichts tut, wird auch nicht kritisiert.

Ich möchte aber immer wieder betonen: Im Zeitalter der **Globalisierung** stehen nicht nur Unternehmen, sondern auch Volkswirtschaften in stärkerem Wettbewerb zueinander.

Europäische Nachbarländer kommen mit der Herausforderung Globalisierung gerade auch unter dem Gesichtspunkt der **Beschäftigung** - Ausgangspunkt derzeitiger Sozialversicherungssysteme - besser zurecht.

Warum? Weil sie notwendige **Strukturveränderungen** frühzeitig eingeleitet und die Instrumente ihrer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik geschärft haben.

Mit unserer Idee vom „**Fördern und Fordern**“ gehen wir seit kurzem einen ganz ähnlichen Weg.

Eine weitere Herausforderung, vor der wir stehen, ist die **demografische Entwicklung**. Im Jahr 2050 kommt auf einen Unter-20jährigen drei Über-60jährige. Es kann nicht gut gehen, wenn eine kleiner werdende Zahl junger Aktiver steigende Kosten für eine größer werdende Gruppe von alten Menschen und Arbeitslosen finanzieren müsste.

Das stellt uns - und damit auch die ABV - vor ganz neue Gerechtigkeitsfragen.

Die **Rürup-Kommission** ist hier kurz vor dem Ziel, Lösungen anzubieten.

Wir brauchen ein neu austariertes Verhältnis zwischen Sozialstaat und eigenverantwortlicher Bürgergesellschaft als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

Die Reformen werden die Eigenverantwortung jedes einzelnen fördern und auch einfordern. In Zukunft werden mehr Personen und Einkommensarten zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen müssen.

Wir kommen daher nicht daran vorbei, dass auch bei der Rente die **Eigenversorgung** einen höheren Stellenwert bekommt zur Absicherung des individuellen Lebensstandards. „Rentenniveau“, „Rentenbeitragssatz“ und „Rentenalter“ sind gerade in den letzten Tagen bemühte Begriffe.

Womit ich, ganz und gar nicht überraschend, auch bei dem Stichwort „**Bürgerversicherung**“ bin.

Die Idee dahinter, nämlich die Ausweitung der Beitragsbemessungsbasis, ist richtig. Die ausschließliche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer geht nicht mehr auf. Was 1960 bei einer Arbeitslosenquote von 1,3 % noch funktionierte, bricht heute in sich zusammen.

Dennoch ist das Einbinden weiterer Personengruppen nicht so einfach, wie die Diskussion darüber glauben machen möchte.

Nicht nur Prof. Merten hat sich gutachterlich mit dieser Frage auseinandergesetzt, sondern auch bereits die **Demografiekommission der Bundesregierung** gab hier Hinweise. Sie werden ja im Anschluss auch noch die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer solchen Einbeziehung erörtern.

Meine Damen und Herren, die weitere Diskussion wird ohne Vorbehalte geführt werden müssen.

Aber ich meine auch, wir sollten **erfolgreiche, selbstverwaltete berufsständische Versorgungseinrichtungen** nicht einfach in Frage stellen. Und zwar nicht nur, weil sie ohne öffentliche Zuschüsse auskommen...

Ich bin sicher, dass Sie am 3. Juni 2028 Ihr 50-jähriges Bestehen feiern können!

Vielen Dank.